



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

VhU-Pressekonferenz

Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der Landtagswahl Hessen 2023

Statement

VhU-Präsident Wolf Matthias Mang

Es gilt das gesprochene Wort!

Dienstag, 17. Mai 2022

Inhalt

Einleitung	3
Zentrales Anliegen: Sanierung der Landesfinanzen	5
Gründe für Stabilitätspolitik	8
Aufruf zu einem Politikwechsel	16
Aufgabenpaket Nr. 1: Keine Lastverschiebung mehr	17
Aufgabenpaket Nr. 2: Staat & Bildung modernisieren	21
Aufgabenpaket Nr. 3: Attraktiver Wirtschaftsstandort	23
Gegenfinanzierung	25
Preisschilder	29

Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Herbst 2023 wird die nächste Landtagswahl in Hessen stattfinden.

Im Januar 2024 wird dann der neue Landtag erstmals zusammenkommen.

Bereits heute veröffentlichen wir die VhU-Erwartungen an die Politik ab 2024 für 21 Themengebiete, die für die Unternehmen besonders bedeutsam sind.

Das ist eine rund 100-seitige VhU-Position.

Darin geht es um die Politik ab dem Jahr 2024, nicht um die Bewältigung der Aufgaben in der Gegenwart.

Es geht um die Arbeit der Landespolitiker, um die Entscheidungen der künftigen Mitglieder des Landtags sowie der künftigen Landesregierung.

Diese Erwartungen hat das VhU-Präsidium gestern beschlossen.

Ganz bewusst haben wir weit vor der Wahl diese Anliegen formuliert.

Bevor die Parteien ihre Wahlprogramme formulieren, möchten wir sie informieren, welche Interessen die Wirtschaft hat und welche Abwägungen wir empfehlen.

Unser Kernanliegen ist und bleibt, die Rahmenbedingungen am Standort Hessen so zu verbessern, dass die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Unternehmen erhalten und gestärkt wird.

Wir möchten, dass die Landespolitiker dazu beitragen, dass die privaten Unternehmen in Hessen attraktive Rahmenbedingungen vorfinden:

- damit sie am Heimatstandort investieren,
- damit sie hier weiter wachsen
- damit sie weiter gut 2,5 Millionen Arbeitsplätze bereitstellen und diese evtl. sogar ausbauen.

Aus Zeitgründen und wegen der Wichtigkeit des Themas werde ich mich heute auf den haushaltspolitischen Rahmen der VhU-Erwartungen konzentrieren. Denn davon hängt fast alles ab.

Zu einzelnen Fachgebieten wie Bauen & Wohnen oder Verkehr & Logistik werden fachlich nähere Kollegen aus unserem VhU-Präsidium, die jeweiligen VhU-Ausschussvorsitzenden und weitere Mitglieder aus den VhU-Ausschüssen in den nächsten Monaten zu weiteren Pressekonferenzen einladen.

Zentrales Anliegen: Sanierung der Landesfinanzen

Und so komme ich zu den Landesfinanzen.

Hessen hat – wie der Bund und die übrigen Länder – zu viele Schulden.

Hessens Landesschulden betragen über 52 Mrd. Euro Ende 2020. Darin waren 2,7 Mrd. Euro Corona-Schulden und ein Schattenhaushalt bei der WI-Bank in Höhe von 6,7 Mrd. Euro.

Das ist Ergebnis von leider nicht ausreichenden Sparanstrengungen und Tilgungen in den vielen guten

Jahren. Und nicht Folge von Corona oder anderen Krisen.

Natürlich war es richtig, dass sich Bund und Länder wegen Corona massiv verschuldeten.

Aber es ist besorgniserregend, wie Politiker in Land, Bund und EU seit zwei Jahren für alle möglichen noch so guten politischen Ziele riesige neue Schulden machen oder vorschlagen:

- Umverteilung an EU-Staaten durch Kredite der EU
- Kreditermächtigungen des Bundes für Energie und Klimaausgaben, die nur für Corona zulässig waren
- 100 Mrd. für die Bundeswehr
- Weitere Schulden des Bundes und der EU wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine

Das darf keine neue Mainstream-Auffassung werden!

Schuldenmachen ist keine Staatskunst.

Und Schulden und Kredite sollten sprachlich nicht verschleiert werden, indem Politiker von „Sondervermögen“ statt von Neuverschuldung sprechen.

Hessen darf hier nicht mitmachen!

Wir bitten die Politik darum eindringlich, ab 2024 der Sanierung der Landesfinanzen Priorität zu geben – vor allen verständlichen Begehrlichkeiten der Ressorts oder der Bürger oder einzelner NGOs oder auch Lobbygruppen.

Wir fordern einen Politikwechsel hin zu solideren Landesfinanzen und weg vom derzeit üblichen Schuldenmachen auf allen Ebenen.

Dazu werde ich gleich Vorschläge für erhebliche Änderungen im Landeshaushalt der kommenden Jahre erläutern, die leider u.a. eine mehrjährige Ausgabenbremse für alle Ausgaben erfordern.

Gründe für Stabilitätspolitik

Warum fordern wir solidere Landesfinanzen?

Weil ohne solidere Landesfinanzen der Wirtschaftsstandort Hessen langfristig Schaden nehmen wird.

Das wissen Politiker und Bürger.

Erfreulicherweise hatten sich Bund und Länder 2009 nach Jahrzehnten des Schuldenmachens auf eine stabilitätsorientierte Haushaltspolitik verständigt und sie mit der Schuldenbremse in Grundgesetz und Landesverfassung verankert.

Denn ein finanziell stabiles Gemeinwesen wird seine Aufgaben besser bewältigen können als ein Land, das sich aus kurzfristigem politischem Opportunismus verschuldet und schon mittelfristig seine Handlungsfähigkeit durch Zins- und Tilgungslasten einbüßt.

Für Stabilitätspolitik in Hessen sprechen fünf Gründe:

Erstens

Stabilitätspolitik erzeugt zu einem Teil **Selbstfinanzierungseffekte**, zumal, wenn alle Politikfelder konsequent auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet sind – auch auf Landesebene.

Wenn die Grundregel „solide Landesfinanzen“ lautet, dann müssen sich Politiker, die neue Ausgaben wollen, rechtfertigen – und nicht der Finanzminister und die Haushaltspolitiker, die das Geld zusammenhalten.

Das erschwert Steuergeldverschwendung und sorgt tendenziell für sinnvollere Ausgaben zur Stärkung der langfristigen Wirtschaftskraft eines Standortes.

Private Investoren wertschätzen Standorte mit soliden öffentlichen Finanzen und investieren dort mehr.

So steigt das Steueraufkommen an einem attraktiven Wirtschaftsstandort.

Zweitens:

Solide Landesfinanzen sind erforderlich, um **Vorsorge für Wirtschaftskrisen** zu treffen, die leider alle 10 Jahre auftreten und eine hohe kurzfristige Neuverschuldung erfordern können.

Wie etwa die Finanz- und Euro-Staatsschuldenkrise nach 2008 oder die Corona-Pandemie seit 2020.

Auch für die unvorhersehbaren kleineren oder mittleren Zusatzbedarfe, die den Landesetat immer wieder belasten, muss Spielraum geschaffen werden.

- Denken wir an die Aufnahme von hunderttausend Flüchtlingen aus Syrien nach 2015 in Hessen.
- Oder an die Hilfe nach der Flutkatastrophe in der Eifel im Sommer 2021.
- Auch die Folgen des russischen Kriegs in der Ukraine werden den Landesetat belasten.

Grundsätzlich gilt:

Die Kosten der Bewältigung einer Krise müssen von jeder Generation selbst getragen werden.

Denn auch in Zukunft braucht das Land Spielräume zur Bewältigung neuer Krisen.

Außerhalb von Krisenjahren müssen die Landesetats strukturell ausgeglichen sein. Die Schuldenstandsquoten müssen in diesen „guten Jahren“ reduziert werden.

Der Landtag darf die Last der Krisenbewältigung nicht mittels langlaufender Kredite in die Zukunft verschieben.

Sonst würde die Schuldentragfähigkeit des Haushalts gefährdet und langfristig die Kreditwürdigkeit sinken.

Das ist nicht allein eine Frage, welches Erbe wir Kindern und Enkeln hinterlassen.

Von einer guten Bonität eines handlungsfähigen Landes werden noch die allermeisten der heute lebenden Hessen in den kommenden Jahrzehnten profitieren.

Drittens

Verschuldungspolitik ist eine riskante Wette auf die **Zinsentwicklung** am Kapitalmarkt.

Niemand kann heute wissen, ob die Zinswende nun schon begonnen hat und dauerhaft ist, ob sie erst noch kommt, was die EZB macht, und wie weit die Zinsen steigen werden.



Ich persönlich rechne damit, dass die EZB ihre Politik endlich korrigiert und die Geldmenge nicht länger extrem ausweitet, sondern eine restriktivere Geldpolitik betreibt.

Das ist nötig wegen der Inflationsgefahr.

Eine restriktive Geldpolitik der EZB würde die Wirtschaft kräftig abbremsen.

Das würde auch die Finanzpolitik spüren.

Der Anstieg der Zinsen um gut einen Prozentpunkt seit Jahresbeginn wird den Landesetat erheblich belasten:

1 Prozent von Hessens Gesamtverschuldung sind gut 500 Millionen Euro.

.

Viertens:

Viertens geht es um **Generationengerechtigkeit** und **Leistungsanreize**.

Die Politik darf die, die den Karren anschieben, nicht überfordern, sonst suchen sie woanders ihr Glück.

In einer alternden Gesellschaft müssen wir alle besser aufpassen, dass wir die Jungen, die Erwerbstätigen wirtschaftlich nicht durch immer mehr Steuern und Abgaben überlasten.

Sonst gehen noch mehr von ihnen ins Ausland!

Es muss alles dafür getan werden, dass die Abgabenquote nicht weiter steigt, sondern sinkt, damit mehr Menschen als Leistungsträger hier mitanpacken.

Zu den Leistungsträgern zählen auch die jungen unternehmerischen Nachwuchskräfte. Es muss sich weiter lohnen für sie,

- Unternehmer zu werden,
- mehr zu arbeiten als andere,
- viel mehr zu riskieren als andere,
- und dabei persönlich zu haften als ehrbarer Kaufmann oder als ehrbare Kauffrau.

Die neuen Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen.

Das wissen Unternehmer und Investoren. Sie könnten sich gegen neue Investments hierzulande entscheiden.

Das würde das Wachstum gefährden. Hessen braucht aber mehr Wachstum. Auch als Beitrag zur Sanierung der Landesfinanzen durch Steuermehreinnahmen.

Fünftens

Die **Weltwirtschaft** scheint sich langfristig zu ändern.

Die komfortable Zeit der kräftig sprudelnden Steuereinnahmen in Folge des Beschäftigungsaufbaus und des Wirtschaftswachstums seit der Agenda-2010-Reformen im Jahr 2003 und auch nach der Finanz- und Eurokrise ab 2009 – auch angeregt durch die extrem expansive Geldpolitik – ist vermutlich leider vorbei.

Viele Ökonomen beschreiben, dass die Wachstumsjahre der letzten 3 Jahrzehnte mit niedrigen Inflationsraten und niedrigen Zinsen auch durch die Öffnung der weltweiten Märkte und durch die günstige demographische Entwicklung ermöglicht wurden.



Leider hat sich die Demographie in vielen Kontinenten Richtung Alterung gedreht. Das könnte langfristig das Wachstum der Wirtschaft dämpfen. Mit negativen Folgen für die Entwicklung des Steueraufkommens der Staaten, inklusive des Landes Hessen.

Und auch für die Offenheit der Märkte sah es schon mal deutlich besser aus: In Europa und weltweit.

All das muss die Finanzpolitik zur Vorsicht mahnen!

Aufruf zu einem Politikwechsel

Ich komme nun zu den Inhalten des Politikwechsels.

Die VhU ruft die Parteien in Hessen und die Fraktionen im Landtag und die künftige Landesregierung auf, einen Politikwechsel weg vom derzeit üblichen Schuldenmachen und hin zu soliden Landesfinanzen zu vollziehen:

Hessen braucht einen Politikwechsel, der

- für künftige Krisen finanziell besser vorsorgt,
- die Lastverschiebung in die Zukunft beendet,
- Nachhaltigkeit auch in finanzieller Hinsicht anstrebt
- und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts erhält.

Aufgabenpaket Nr. 1: Keine Lastverschiebung mehr

Was heißt das konkret für Hessen? Ich komme zum ersten von drei „Aufgabenpaketen“, die wir in dieser Rang- und Reihenfolge vorschlagen.

1. Das Land muss die Corona-Schulden schneller tilgen!

Binnen 10 Jahren und nicht erst binnen 22 Jahren.

Denn die nächste große Krise kommt bestimmt.

Bis Ende 2022 wird das Land voraussichtlich Corona-Schulden in Höhe von rund 4,3 Mrd. Euro aufgenommen haben.

Schneller tilgen bedeutet, 430 Mio. Euro pro Jahr tilgen statt nur wie geplant 200 Mio. Euro.

2. Das Land muss einen Tilgungsplan für die allgemeinen Schulden gesetzlich verankern!

Zusätzlich zu den Corona-Schulden muss der Landtag zur Tilgung der allgemeinen Landesschulden zurückkehren, die Ende 2020 gut 42,6 Mrd. Euro betragen.

Hinzu kam ein Schattenhaushalt bei der WI-Bank mit Verbindlichkeiten aus Schutzschirm und Hessenkasse in Höhe von 6,7 Mrd. Euro.

Den Weg der Netto-Tilgung der allgemeinen Schulden hatte der Landtag zurecht bereits in den Jahren 2016 bis 2019 in Höhe von jeweils 200 Mio. Euro eingeschlagen – aber noch etwas zu zaghaft.

Hessen muss anfangen, netto mehr zu tilgen.

3. Das Land muss jedes Jahr die Rücklagen für künftige Belastungen durch Pensionen stärker erhöhen als bisher!

Im Jahr 2021 wurden 186 Mio. Euro regulär der Versorgungsrücklage des Landes zugeführt und nochmal derselbe Betrag von 186 Mio. Euro dank Verbesserungen im Etat in Folge des Haushaltsvollzugs.

Der Betrag der regulären jährlichen Zuführung steigt bisher nur um 2 Prozent pro Jahr. Das ist zu langsam.

Die jährliche Zuführung in die Rücklagen sollte perspektivisch verdoppelt werden, was den Etat mit rund 400 Mio. Euro belasten würde.

Wem das zu viel erscheint, der betrachte zwei Zahlen:

Ende 2020 beliefen sich die Verpflichtungen für künftige Pensionen und Beihilfen für Beamte und Pensionäre auf rechnerisch 96 Mrd. Euro.

Hingegen standen im Sondervermögen „Versorgungsrücklage“ tatsächlich nur Rücklagen in Höhe von 4,1 Mrd. Euro zur Verfügung.

4. Das Land muss die Schrumpfung des öffentlichen Sachvermögens stoppen und die Investitionen auf das Niveau der Abschreibungen anheben!

Wir sollten der nächsten Generation mindestens so viele Sachwerte der öffentlichen Hand hinterlassen, wie wir von unseren Eltern und Großeltern geerbt haben!

Das gilt etwa für die Landesstraßen:

Jedes Jahr sinkt der Wert um rund 200 Mio. Euro durch Abnutzung – siehe den vorbildlich transparenten Geschäftsbericht des Landes – während das Land nur gut 130 Mio. Euro investiert. Das kann nicht gutgehen.

Denken wir an die Sperrung der A66 in Wiesbaden über das Salzbachtal. Die Folgen für die regionale Wirtschaft sind bis heute frustrierend.

Diese vier Maßnahmen haben für uns Priorität.

Ich nenne sie „**Aufgabenpaket Nummer 1**“.

Ziel ist es, keine Lastverschiebung in die Zukunft mehr zuzulassen.

Dafür müssen Haushaltsspielräume geschaffen werden. Das dauert mitunter ein bis zwei Jahre oder länger.

Klar ist:

Auch in Zeiten strenger Etatkonsolidierung finden öffentliche Investitionen in Milliardenhöhe und Wirtschaftsförderung statt –

am besten durch eine grundsätzlich auf Wachstum ausgerichtete Politik.

Nur müssen Mehrausgaben zunächst zugunsten der Sanierung der Finanzen unterbleiben.

Aufgabenpaket Nr. 2: Staat & Bildung modernisieren

Ich komme nun zum „**Aufgabenpaket Nummer 2**“.

Wenn die Aufgaben im Paket Nr. 1 erledigt sind, müssen erst weitere Haushaltsspielräume geschaffen werden, bevor neue Ausgabenwünsche realisiert werden können.

Vorrang haben dabei nur zwei Bereiche:

- Die Digitalisierung der öffentlichen Infrastrukturen und Verwaltungen
und
- Mehr Investitionen in Bildungs-, Hochschul- und Forschungseinrichtungen

Alle anderen, ebenfalls wünschenswerten zusätzlichen Ausgaben des Landes zur Verbesserung des Standorts Hessen müssen zeitlich nach hinten gestellt werden. Also viele der Wünsche, die wir in dieser VhU-Position beschreiben.

Das gilt auch für den wichtigen Wunsch der Wirtschaft nach Steuersenkungen.

Warum betone ich das so?

Weil wir nicht alles auf einmal erreichen können.

Die Politik muss wenige Prioritäten setzen.

Und damit auch viele Projekte und Programme leider nach hinten stellen oder vorerst ganz aufgeben.

Auch dieses „Paket Nummer 2“ wird mindestens zwei Jahre benötigen, bis die erhöhten Ausgaben finanziert sind, die ja ab dann dauerhaft fließen müssen.

Es kann sein, dass dieses „Modernisierungspaket Nr. 2“ erst in den Jahren 2026 und 2027 umgesetzt werden kann.

Aufgabenpaket Nr. 3: Attraktiver Wirtschaftsstandort

Ich komme zum „**Aufgabenpaket Nr. 3**“.

Wenn, und nur wenn neue Haushaltsspielräume in den nächsten Jahren geschaffen wurden, können wichtige wünschenswerte zusätzliche Ausgaben sowie Senkungen der Steuern im Bund vom Landesetat verkräftet werden.

Ein „**Aufgabenpaket Nummer 3**“ sollte dann unmittelbar dazu dienen, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Hessen zu steigern, wozu u.a. auch das Ziel gehört, dass Arbeitgeber weniger Probleme haben, neue Mitarbeiter zu gewinnen, die von der Wohnungs- und Verkehrssituation in vielen Städten abgeschreckt werden.

Nötig sind zum Beispiel

- der noch schnellere Breitbandausbau
- die Vergrößerung des Straßen- und Schienennetzes
- die schrittweise Verdopplung des Bus- und Bahnangebots im ÖPNV

- finanzielle Anreize für Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten, damit sie mehr neue Wohnbauflächen ausweisen.
- Und so weiter...

Auch unseren Wunsch, dass auf Bundesebene endlich die Unternehmenssteuern gesenkt werden, damit sich Deutschland im Standortwettbewerb verbessert, geben wir zwar nicht auf, stellen ihn aber bewusst nicht nach vorne, sondern nennen ihn erst im Paket Nr. 3.

Denn kurzfristig würde eine Senkung der Unternehmenssteuern im Bund auch die Etats von Land und Kommunen belasten.

Eine solche Rang- und Reihenfolge fällt uns nicht leicht.

Wir haben Ihnen dazu eine Übersicht in die Mappe gelegt.

Wir sehen aber, dass ein „Weiter so“ in Bund und Land inakzeptabel wäre.

Gegenfinanzierung

Wie will die VhU ihre haushaltspolitischen Ziele realisieren?

Nur auf Wirtschaftswachstum und auf hohe Steuermehreinnahmen zu setzen – das wird ja leider nicht reichen.

Zur Gegenfinanzierung der Sanierung der Landesfinanzen ist eine Ausgabenbremse geboten.

Die Gesamtausgaben des Landes sowie grundsätzlich die Höhe der Ausgaben jedes Ministeriums sollten auf dem Stand des Jahres 2023 eingefroren werden.

In den Jahren ab 2024 dürfen die Gesamtausgaben und grundsätzlich die Ausgaben der Ministerien nicht ansteigen.

Das gilt für alle Arten an Ausgaben:

- für Personalausgaben wie für Sachausgaben.
- Für Investitionen und Subventionen genauso wie für Sozialtransfers.

Das muss mindestens 1 Milliarde Euro an Verbesserungen für den Landesetat bringen.

Es bedeutet voraussichtlich zwei oder drei Jahre mit Nullrunden für alle Ausgaben – nicht nur für Personalausgaben.

Das ist machbar. Das zeigt ein Blick auf die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an Kommunen und private Akteure.

In den Jahren 2011 bis 2020 wurden die jährlichen Zuweisungen und Zuschüsse fast verdoppelt: Von 8,6 auf 16,6 Mrd. Euro.

Darin ist zwar auch ein Anstieg von 3 Mrd. Euro im Corona-Jahr 2020.

Aber ansonsten handelt es sich überwiegend um freiwillige Leistungen im weitesten Sinne.

Hätte der Landtag diese Ausgaben weniger stark gesteigert, wäre das Leben in Hessen gewiss nicht spürbar schlechter gewesen.

Flexibilität sollte weiter gegeben sein:

Innerhalb eines Ressorts können im Vollzug Mehrausgaben durch Minderausgaben finanziert werden

– allerdings ist das politisch nur in einem begrenzten Umfang zu erwarten.

Ebenso kann der Landtag in Ausnahmen auch zwischen Ministerien Umschichtungen vornehmen, sofern die Gesamtausgaben stabil bleiben.

Ich weiß, dass dieser Vorschlag politisch höchst anspruchsvoll ist und dass seine Umsetzung durch die derzeit hohe Inflation noch erschwert wird.

Aber welche Alternative gibt es? Gewerkschaften und linke Parteien rufen dann rasch nach höheren Steuern.

Doch höhere Steuersätze führen zu weniger Steueraufkommen und nicht zu mehr, denn sie verschrecken Investoren, die dann woanders Steuern zahlen.

Ich glaube, diesen Zusammenhang haben die allermeisten Bürger verstanden.

Und ich nehme wahr, dass sich die Stimmung und die politische Kultur gerade verändern:

- Weg vom Populismus mit unbezahlbaren Wahlversprechen und
- hin zu mehr Seriosität und mehr Bereitschaft zur Akzeptanz gesamtgesellschaftlicher Erfordernisse.

Immer mehr Bürger erkennen, dass die Zwanziger Jahre ein Jahrzehnt des Verzichts sein müssen, wenn wir unser Gemeinwesen stabil und unsere Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich halten wollen.

Das zwingt Politik und Gesellschaft, Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen, und es zwingt das Land, insbesondere bei Personalausgaben und Subventionen auch Kürzungen vorzunehmen.

Weil es gerichtliche Vorgaben gibt, die unteren Besoldungsgruppen angemessen zu entlohnen, was Gehaltssteigerungen beinhaltet, bedeutet das eine bittere Erkenntnis:

Nicht alle frei werdenden Stellen von Lehrern und Polizisten, die in Ruhestand gehen, werden sofort wieder besetzt werden können.

Anderenfalls kann die Sanierung der Landesfinanzen kaum gelingen.

Hessen braucht Politiker, die das vor der Wahl sagen.

Wir unterstützen sie u.a. mit diesem Vorschlag:

Der Landtag sollte für alle Beamten die automatischen Besoldungserhöhungen nach Erfahrungsstufen (sog. Senioritätsprinzip) abschaffen. Also weg mit der faktischen Alterszulage!

Die gegenwärtige Besoldung der Beamten soll ungekürzt bleiben.

Der frei werdende finanzielle Spielraum sollte zur Hälfte für Leistungsanreize der Beamten und zur Hälfte für die Haushaltskonsolidierung verwendet werden.

So dürfte ein Konsolidierungsbeitrag von jährlich rund 250 Mio. Euro ab 2030 realisierbar sein.

Preisschilder

Die finanziellen Folgen unserer Vorschläge und insbesondere unserer langfristigen Wünsche nach Mehrausgaben haben wir mit Preisschildern beziffert.

Das sind seriöse Schätzungen, die realistische Größenordnungen angeben, die aber nicht präzise Nachkomma-Angaben sein können.

Insgesamt schlägt die VhU – langfristig – zusätzliche Belastungen des Haushalts sowie Mehrausgaben und Mindereinnahmen in einer Größenordnung von rund 3,7 Mrd. Euro pro Jahr vor,

während sich dagegen die von uns vorgeschlagenen kurzfristigen Entlastungen des Haushalts sowie Minderausgaben und Mehreinnahmen nur auf 1.150 Mrd. Euro pro Jahr addieren.

Zur Schließung der Lücke von gut 2,5 Mrd. Euro sind Steuermehreinnahmen durch Wachstum nötig.

Und solange es diese Steuermehreinnahmen nicht gibt, darf es auch diese Extra-Ausgaben nicht geben.

Auch deshalb sollte die Politik alles unterlassen, was das Wirtschaftswachstum hemmt.

Keineswegs darf sie das Wachstum gefährden, indem sie über neue oder höhere Steuern und Abgaben diskutiert oder diese gar beschließt.

Das gilt auch für vermeintlich kleine neue Belastungen wie einen Wassercent.

Landtag und Landesregierung müssen eisern an der Schuldenbremse festhalten!

Das Urteil des Staatsgerichtshofs ist eine klare Mahnung: Umgehungsversuche der Schuldenbremse können auch künftig vor den Staatsgerichtshof gebracht werden und dort verboten werden.

Und eine Änderung der Schuldenbremse in der Landesverfassung und im Grundgesetz muss strikt unterbleiben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Gerne stehe ich Ihnen für Fragen zur Verfügung – genauso wie der VhU-Hauptgeschäftsführer Dirk Pollert.